

An den
Wahlbereichsleiter
des Wahlbereichs.....

Wahlvorschlag (Bürgerschaftswahl)

der.....

(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)

für die Wahl zur Bürgerschaft am

im Wahlbereich

1. Aufgrund der §§ 17 ff. des Wahlgesetzes und des § 28 der Landeswahlordnung werden als Bewerber vorgeschlagen:

Lfd. Nr.	Familienname Vornamen ¹⁾	Beruf oder Stand ²⁾	Geburtsdatum Geburtsort	Anschrift (Hauptwohnung) - Straße, Hausnummer - Postleitzahl, Wohnort
1				
2				

usw.

- Die unter Lfd. Nr. aufgestellten Bewerber kandidieren als Unionsbürger nur zur Stadtbürgerschaft -³⁾.

2. Vertrauensperson für den Wahlvorschlag ist:
(Familienname, Vorname)

.....
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort, Telefon, E-Mail)

Stellvertretende Vertrauensperson ist:
(Familienname, Vorname)

.....
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort, Telefon, E-Mail)

3. Dem Wahlvorschlag sind Anlagen beigelegt, und zwar

- Zustimmungserklärungen und Versicherung an Eides statt zur Parteimitgliedschaft der Bewerber,
- Bescheinigungen der Wählbarkeit der Bewerber,
- Unterstützungsunterschriften mit dem Nachweis der Wahlberechtigung der Unterzeichner⁴⁾,
- eine Ausfertigung der Niederschrift über die Beschlussfassung der Mitglieder- oder Vertreterversammlung
nebst Versicherungen an Eides statt (§ 19 Absatz 6 des Wahlgesetzes).

.....
(Ort) , (Datum)

(Persönliche und handschriftliche Unterschriften von drei Mitgliedern des zuständigen Landesvorstandes)⁵⁾

..... (Name)	 (Name)	 (Name)
..... (Funktion)	 (Funktion)	 (Funktion)

1) Je Bewerber ist mindestens ein Vorname anzugeben; maximal dürfen zwei Vornamen je Bewerber angegeben werden.

2) Je Bewerber darf maximal ein Beruf oder Stand angegeben werden; bei Bewerbern, die Mitglied der Bürgerschaft, des Deutschen Bundestages oder des Europäischen Parlamentes sind, kann die Mitgliedschaft in dem Gesetzgebungsorgan anstelle oder zusätzlich zur Angabe des Berufs mit dem betreffenden Namenszusatz „MdBB“, „MdB“ oder „MdEP“ angegeben werden.

3) Im Wahlvorschlag für den Wahlbereich Bremerhaven streichen.

4) Bei Wahlvorschlägen von Parteien oder Wählervereinigungen, die im Deutschen Bundestag oder in der Bürgerschaft seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten waren.

5) Der Wahlvorschlag muss von mindestens drei Mitgliedern des Landesvorstandes der Partei oder Wählervereinigung, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, unterzeichnet sein. Hat eine Partei oder Wählervereinigung keinen Landesverband, so muss der Wahlvorschlag von allen Vorständen der nächstniedrigsten Gebietsverbände der Partei oder Wählervereinigung im Gebiet der Freien Hansestadt Bremen unterzeichnet sein. Die Unterschriften des einreichenden Vorstandes genügen, wenn dieser innerhalb der Einreichungsfrist eine entsprechende schriftliche Vollmacht der anderen beteiligten Vorstände beibringt.

Anlage 6 b

(zu §§ 72 Absatz 1 und 83 Absatz 2)

An den Stadtwahlleiter¹⁾An den Wahlbereichsleiter des
Wahlbereichs Bremen ²⁾**Wahlvorschlag**der.....
(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven am¹⁾für die Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen am im Beiratsbereich.....²⁾

1. Aufgrund der §§ 17 ff. in Verbindung mit §§ 42 und 45 des Wahlgesetzes und des § 72 der Landeswahlordnung ¹⁾ /
Aufgrund der §§ 17 ff. in Verbindung mit §§ 48 und 51 des Wahlgesetzes und des § 83 der Landeswahlordnung ²⁾
werden als Bewerber vorgeschlagen:

Lfd. Nr.	Familienname Vornamen ³⁾	Beruf oder Stand ⁴⁾	Geburtsdatum Geburtsort	Anschrift (Hauptwohnung) - Straße, Hausnummer - Postleitzahl, Wohnort
1				
2				

usw.

2. Vertrauensperson für den Wahlvorschlag ist:.....
(Familienname, Vorname)

.....
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort, Telefon, E-Mail)Stellvertretende Vertrauensperson ist:
(Familienname, Vorname).....
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort, Telefon, E-Mail)

3. Dem Wahlvorschlag sindAnlagen beigelegt, und zwar
-Zustimmungserklärungen und Versicherung an Eides statt zur Parteimitgliedschaft der Bewerber,
 -Bescheinigungen der Wählbarkeit der Bewerber,
 -Unterstützungsunterschriften mit dem Nachweis der Wahlberechtigung der Unterzeichner⁵⁾,
 - eine Ausfertigung der Niederschrift über die Beschlussfassung der Mitglieder- oder Vertreterversammlung nebst Versicherungen an Eides statt (§ 19 Absatz 6 des Wahlgesetzes).

.....
(Ort) , (Datum)(Persönliche und handschriftliche Unterschriften von drei Mitgliedern des zuständigen Vorstandes)⁶⁾

..... (Name)	 (Name)	 (Name)
..... (Funktion)	 (Funktion)	 (Funktion)

1) Im Wahlvorschlag für die Beiratswahl zu streichen.

2) Im Wahlvorschlag für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven zu streichen.

3) Je Bewerber ist mindestens ein Vorname anzugeben; maximal dürfen zwei Vornamen je Bewerber angegeben werden.

4) Je Bewerber darf maximal ein Beruf oder Stand angegeben werden; bei Bewerbern, die Mitglied der Bürgerschaft, des Deutschen Bundestages oder des Europäischen Parlamentes sind, kann die Mitgliedschaft in dem Gesetzgebungsorgan anstelle oder zusätzlich zur Angabe des Berufs mit dem betreffenden Namenszusatz „MdBB“, „MdB“ oder „MdEP“ angegeben werden.

5) Bei Wahlvorschlägen von Parteien oder Wählervereinigungen, die im Deutschen Bundestag, in der Bürgerschaft oder in der Stadtverordnetenversammlung/in Beiräten seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten waren.

6) Der Wahlvorschlag muss von mindestens drei Mitgliedern des für das Gebiet der Stadt Bremen bzw. Bremerhaven satzungsmäßig zuständigen Vorstandes, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, unterzeichnet sein. Hat eine Partei oder Wählervereinigung keinen für das Gebiet der Stadt Bremen bzw. der Bremerhaven satzungsmäßig zuständigen Vorstand, so muss der Wahlvorschlag von allen Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände der Partei oder Wählervereinigung im Gebiet der Stadt Bremen bzw. Bremerhaven unterzeichnet sein. Die Unterschriften des einreichenden Vorstandes genügen, wenn dieser innerhalb der Einreichungsfrist eine entsprechende schriftliche Vollmacht der anderen beteiligten Vorstände beibringt.

Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift (Bürgerschaftswahl)

Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn sie der Unterzeichner persönlich und handschriftlich geleistet hat. Unterschriften dürfen erst gesammelt werden, wenn der Wahlvorschlag aufgestellt ist. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Jeder Wahlberechtigte darf mit seiner Unterschrift nur einen Wahlvorschlag unterstützen. Wer mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, macht sich nach § 108d in Verbindung mit § 107a des Strafgesetzbuches strafbar.

Ausgegeben

(Dienstsiegel)

.....
(Ort)

.....
(Datum)

Der Wahlbereichsleiter

Unterstützungsunterschrift

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift den Wahlvorschlag

der
(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)

bei der Wahl zur Bürgerschaft am

für den Wahlbereich

.....
(Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen)

Familienname:

Vornamen:

Geburtsdatum:

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.¹⁾

.....
(Ort)

.....
(Datum)

.....
(Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

.....
(Nicht vom Unterzeichner auszufüllen)

Bescheinigung des Wahlrechts²⁾

Der/Die vorstehende Unterzeichner(in) ist Deutsche(r) im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes. Er/Sie erfüllt die sonstigen Wahlrechtsvoraussetzungen des § 1 des Wahlgesetzes, ist nicht nach § 2 des Wahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im oben bezeichneten Wahlbereich wahlberechtigt.

.....
(Ort)

.....
(Datum)

(Dienstsiegel)

Die Gemeindebehörde

1) Wenn der Unterzeichner die Bescheinigung seines Wahlrechts selbst einholen will, streichen.

2) Die Gemeindebehörde darf das Wahlrecht nur einmal für einen Wahlvorschlag bescheinigen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.

Bescheinigung des Wahlrechts (Bürgerschaftswahl) ^{1) 2)}

für die Wahl zur Bürgerschaft am

im Wahlbereich

Frau/Herr

Familienname:

Vornamen:

Geburtsdatum:

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

ist Deutsche(r) im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes. Er/Sie erfüllt die sonstigen Wahlrechtsvoraussetzungen des § 1 des Wahlgesetzes, ist nicht nach § 2 des Wahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im oben bezeichneten Wahlbereich wahlberechtigt.

.....
(Ort)

.....
(Datum)

(Dienstsiegel)

Die Gemeindebehörde

.....

1) Muster für den Fall einer gesonderten Erteilung der Wahlrechtsbescheinigung nach § 28 Absatz 3 Nr. 3 der Landeswahlordnung.

2) Die Gemeindebehörde darf das Wahlrecht nur einmal für einen Wahlvorschlag bescheinigen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.

Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift (Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven) ¹⁾

Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift (Beiratswahl) im Beiratsbereich ²⁾

Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn sie der Unterzeichner persönlich und handschriftlich geleistet hat. Unterschriften dürfen erst gesammelt werden, wenn der Wahlvorschlag aufgestellt ist. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Jeder Wahlberechtigte darf mit seiner Unterschrift nur einen Wahlvorschlag unterstützen. Wer mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, macht sich nach § 108d in Verbindung mit § 107a des Strafgesetzbuches strafbar.

Ausgegeben

(Dienstsiegel)

.....
(Ort)

.....
(Datum)

Der Stadtwahlleiter ¹⁾

Der Wahlbereichsleiter ²⁾

Unterstützungsunterschrift

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift den Wahlvorschlag

der/des

.....
(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung; bei Einzelbewerbern Name und Vorname und Kennwort)

für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven am ¹⁾

für die Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen am im Beiratsbereich ²⁾

.....
(Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen)

Familienname:

Vornamen:

Geburtsdatum:

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird. ³⁾

.....
(Ort)

.....
(Datum)

.....
(Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

.....
(Nicht vom Unterzeichner auszufüllen)

Bescheinigung des Wahlrechts ⁴⁾

Der/Die vorstehende Unterzeichner(in) erfüllt die Wahlrechtsvoraussetzungen nach § 43 ¹⁾ / § 49 ²⁾ des Wahlgesetzes, ist nicht nach § 2 des Wahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im Gebiet der Stadt Bremerhaven ¹⁾ / im oben bezeichneten Beiratsbereich ²⁾ wahlberechtigt.

.....
(Ort)

.....
(Datum)

(Dienstsiegel)

Die Gemeindebehörde

1) Im Wahlvorschlag für die Beiratswahl zu streichen.

2) Im Wahlvorschlag für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven zu streichen.

3) Wenn der Unterzeichner die Bescheinigung seines Wahlrechts selbst einholen will, streichen.

4) Die Gemeindebehörde darf das Wahlrecht nur einmal für einen Wahlvorschlag bescheinigen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.

Bescheinigung des Wahlrechts ^{1) 2)}

für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven am ³⁾

für die Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen am im Beiratsbereich ⁴⁾

Frau/Herr

Familienname:

Vornamen:

Geburtsdatum:

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

erfüllt die Wahlrechtsvoraussetzungen nach § 43 ³⁾ / § 49 ⁴⁾ des Wahlgesetzes, ist nicht nach § 2 des Wahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im Gebiet der Stadt Bremerhaven ³⁾ / im oben bezeichneten Beiratsbereich ⁴⁾ wahlberechtigt.

.....
(Ort)

.....
(Datum)

(Dienstsiegel)

Die Gemeindebehörde
.....

1) Muster für den Fall einer gesonderten Erteilung der Wahlrechtsbescheinigung nach § 28 Absatz 3 Nr. 3 der Landeswahlordnung.

2) Die Gemeindebehörde darf das Wahlrecht nur einmal für einen Wahlvorschlag bescheinigen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.

3) Im Wahlvorschlag für die Beiratswahl zu streichen.

4) Im Wahlvorschlag für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven zu streichen.

**Zustimmungserklärung und Versicherung an Eides statt zur
Mitgliedschaft in einer Partei oder Wählervereinigung (Bürgerschaftswahl)¹⁾**

Ich

Familienname:

Vornamen²⁾:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Beruf oder Stand³⁾:

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

stimme meiner Benennung als Bewerber im Wahl Vorschlag

der
(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)

zur Wahl der Bürgerschaft am

für den Wahlbereich

zu.

Ich versichere, dass ich für keinen anderen Wahlvorschlag meine Zustimmung zur Benennung als Bewerber gegeben habe.

Ich versichere gegenüber dem Wahlbereichsleiter des Wahlbereichs..... an Eides statt, dass ich nicht Mitglied einer anderen als der den Wahlvorschlag einreichenden Partei oder Wählervereinigung bin.⁴⁾

Mir ist bekannt, dass der Wahlvorschlag mit folgenden bewerberbezogenen Angaben nach Maßgabe des § 24 Bremisches Wahlgesetz in Verbindung mit §§ 32 und 100 Bremische Landeswahlordnung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt gemacht und im Internet veröffentlicht wird: Vor- und Familienname, Beruf oder Stand, Geburtsjahr, Stadt- bzw. Ortsteil der Hauptwohnung.

..... ,
(Ort) (Datum)

.....
(Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

1) Vollständig und in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen.

2) Sofern mehrere Vornamen im Melderegister eingetragen sind, ist hier anzugeben, welche bis zu zwei Vornamen in den zu veröffentlichenden Wahlvorschlag und auf den Stimmzettel aufzunehmen sind.

3) Je Bewerber darf maximal ein Beruf oder Stand angegeben werden; bei Bewerbern, die Mitglied der Bürgerschaft, des Deutschen Bundestages oder des Europäischen Parlamentes sind, kann die Mitgliedschaft in dem Gesetzgebungsorgan anstelle oder zusätzlich zur Angabe des Berufs mit dem betreffenden Namenszusatz „MdBB“, „MdB“ oder „MdEP“ angegeben werden.

4) Auf die Strafbarkeit einer falsch abgegebenen Versicherung an Eides statt wird hingewiesen.

**Zustimmungserklärung und Versicherung an Eides statt zur
Mitgliedschaft in einer Partei oder Wählervereinigung ¹⁾**

Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven ²⁾

Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen im Beiratsbereich ³⁾

Ich

Familienname:

Vornamen ⁴⁾:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Beruf oder Stand ⁵⁾:

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

stimme meiner Benennung als Bewerber im Wahlvorschlag

der.....

(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)

für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven am ²⁾

für die Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen am im Beiratsbereich ³⁾

zu.

Ich versichere, dass ich für keinen anderen Wahlvorschlag meine Zustimmung als Bewerber gegeben habe und keinen Wahlvorschlag als Einzelbewerber einreiche.

Ich versichere gegenüber dem Stadtwahlleiter ²⁾ / dem Wahlbereichsleiter des Wahlbereichs Bremen ³⁾ an Eides statt, dass ich nicht Mitglied einer anderen als der den Wahlvorschlag einreichenden Partei oder Wählervereinigung bin. ⁶⁾

Mir ist bekannt, dass der Wahlvorschlag mit folgenden bewerberbezogenen Angaben nach Maßgabe des § 24 Bremisches Wahlgesetz in Verbindung mit §§ 32 und 100 Bremische Landeswahlordnung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt gemacht und im Internet veröffentlicht wird: Vor- und Familienname, Beruf oder Stand, Geburtsjahr, Stadt- bzw. Ortsteil der Hauptwohnung.

..... ,
(Ort) (Datum)

.....
(Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

1) Vollständig und in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen.

2) Im Wahlvorschlag für die Beiratswahl zu streichen.

3) Im Wahlvorschlag für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven zu streichen.

4) Sofern mehrere Vornamen im Melderegister eingetragen sind, ist hier anzugeben, welche bis zu zwei Vornamen in den zu veröffentlichenden Wahlvorschlag und auf den Stimmzettel aufzunehmen sind.

5) Je Bewerber darf maximal ein Beruf oder Stand angegeben werden; bei Bewerbern, die Mitglied der Bürgerschaft, des Deutschen Bundestages oder des Europäischen Parlamentes sind, kann die Mitgliedschaft in dem Gesetzgebungsorgan anstelle oder zusätzlich zur Angabe des Berufs mit dem betreffenden Namenszusatz „MdBB“, „MdB“ oder „MdEP“ angegeben werden.

6) Auf die Strafbarkeit einer falsch abgegebenen Versicherung an Eides statt wird hingewiesen.

Bescheinigung der Wählbarkeit (Bürgerschaftswahl)

für die Wahl zur Bürgerschaft am

Frau/Herr

Familienname:

Vornamen¹⁾:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Staatsangehörigkeit: ²⁾

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

☐ ³⁾ erfüllt als Deutscher die Wählbarkeitsvoraussetzungen nach § 4 Absatz 1 des Wahlgesetzes

☐ ³⁾ erfüllt als Unionsbürger im Wahlbereich Bremen die Wählbarkeitsvoraussetzungen nach § 4 Absatz 2 des Wahlgesetzes

und ist nicht von der Wählbarkeit nach § 4 Absatz 3 des Wahlgesetzes ausgeschlossen.

.....
(Ort) ' (Datum)

(Dienstsiegel)

Die Gemeindebehörde

.....

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung der Wählbarkeit eingeholt wird.⁴⁾

.....
(Ort) ' (Datum)

.....
(Persönliche und handschriftliche Unterschrift des Bewerbers)

- 1) Es sind sämtliche im Melderegister eingetragene Vornamen aufzuführen.
2) Angabe der Staatsangehörigkeit nur für Unionsbürger im Wahlbereich Bremen erforderlich.
3) Zutreffendes von der Gemeindebehörde ankreuzen.
4) Wenn der Bewerber die Bescheinigung seiner Wählbarkeit selbst einholt, streichen.

Bescheinigung der Wählbarkeit

für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven am¹⁾

für die Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen am im Beiratsbereich²⁾

Frau/Herr

Familienname:

Vornamen³⁾:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Anschrift (Hauptwohnung)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

erfüllt die Wählbarkeitsvoraussetzungen nach § 43¹⁾ / § 49²⁾ des Wahlgesetzes, ist nicht von der Wählbarkeit nach § 4 Absatz 3 des Wahlgesetzes ausgeschlossen und im Gebiet der Stadt Bremerhaven¹⁾ / im oben bezeichneten Beiratsbereich²⁾ wählbar.

..... ,
(Ort) (Datum)

(Dienstsiegel)

Die Gemeindebehörde

.....

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung der Wählbarkeit eingeholt wird.⁴⁾

.....
(Ort) (Datum)

.....
(Persönliche und handschriftliche Unterschrift des Bewerbers)

1) Im Wahlvorschlag für die Beiratswahl zu streichen.

2) Im Wahlvorschlag für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven zu streichen.

3) Es sind sämtliche im Melderegister eingetragene Vornamen aufzuführen.

4) Wenn der Bewerber die Bescheinigung seiner Wählbarkeit selbst einholt, streichen.

Felder bitte ausfüllen oder [X] ankreuzen

(Ort)

(Datum)

Sämtliche Angaben in
Maschinen- oder Druckschrift

Niederschrift ¹⁾
über die Mitglieder-/Vertreterversammlung ²⁾ zur Aufstellung der Bewerber für den Wahlvorschlag
(Bürgerschaftswahl)

der

(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)

für den Wahlbereich

zur Wahl der Bürgerschaft am

Der/Die

(einberufende Stelle der Partei oder Wählervereinigung)

hatte am durch

(Form der Einladung)

- ☐ ³⁾ eine Mitgliederversammlung der Partei/Wählervereinigung ²⁾ im Wahlbereich/im Land ²⁾
(Mitgliederversammlung zur Wahl der Bewerber für den Wahlvorschlag ist eine Versammlung der im Zeitpunkt ihres Zusammentritts im Wahlbereich zur Bürgerschaft wahlberechtigten Mitglieder.)
- ☐ ³⁾ die Mitglieder der besonderen Vertreterversammlung im Wahlbereich/im Land ²⁾
(Besondere Vertreterversammlung ist eine Versammlung von Vertretern, die nach § 19 Absatz 1 Satz 3 des Wahlgesetzes im Wahlbereich für die Aufstellung der Bewerber des Wahlvorschlages für den Wahlbereich gewählt worden sind.)
- ☐ ³⁾ die Mitglieder der allgemeinen Vertreterversammlung im Wahlbereich/im Land ²⁾
(Allgemeine Vertreterversammlung ist eine Versammlung von Vertretern, die nach der Satzung der Partei oder Wählervereinigung allgemein für bevorstehende Wahlen nach § 19 Absatz 1 Satz 4 des Wahlgesetzes gewählt worden sind.)

auf den Uhr,

nach

.....
(Anschrift des Versammlungsraumes mit Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

☐ ³⁾ zum Zwecke der Aufstellung des Wahlvorschlages

☐ ³⁾ zum Zwecke der Wiederholung der Abstimmung über die Aufstellung des Wahlvorschlages

einberufen.

Erschienen waren stimmberechtigte Mitglieder/Vertreter ²⁾⁴⁾
(Zahl)

- darunter Unionsbürger, die nur stimmberechtigt waren, soweit der Wahlvorschlag ausschließlich für die
(Zahl)

Zusammensetzung der Stadtbürgerschaft gilt - ⁷⁾

Die Versammlung wurde geleitet von:

(Vor- und Familienname)

Die Versammlung bestellte zum Schriftführer:

(Vor- und Familienname)

Der Versammlungsleiter stellte fest,

1. dass die Vertreter jeweils in der Mitgliederversammlung der Partei/Wählervereinigung²⁾ im betreffenden Wahlbereich

in der Zeit vom bis

☐ ³⁾ für die besondere Vertreterversammlung

☐ ³⁾ für die allgemeine Vertreterversammlung

gewählt worden sind;

2. ☐ ³⁾ dass die Stimmberechtigung aller Erschienenen, die Anspruch auf Stimmabgabe erhoben haben, festgestellt worden ist,

☐ ³⁾ dass auf seine ausdrückliche Frage von keinem Versammlungsteilnehmer die Mitgliedschaft, die Vollmacht und das Wahlrecht eines Teilnehmers, der Anspruch auf Stimmberechtigung erhoben hat, angezweifelt wird;

3. ☐ ³⁾ dass nach der Satzung der Partei/Wählervereinigung ²⁾

☐ ³⁾ dass nach den allgemein für Wahlen der Partei/Wählervereinigung ²⁾ geltenden Bestimmungen

☐ ³⁾ dass nach dem von der Versammlung gefassten Beschluss

als Bewerber gewählt ist , wer⁵⁾ _____

4. dass mit verdeckten Stimmzetteln geheim abzustimmen ist und dass jeder stimmberechtigte Teilnehmer auf dem Stimmzettel unbeobachtet den/die Namen des/der von ihm bevorzugten Bewerber(s) und die Reihenfolge zu vermerken hat;

5. dass jeder stimmberechtigte Teilnehmer vorschlagsberechtigt ist und

6. alle Bewerber Gelegenheit haben, sich und ihr Programm in angemessener Zeit vorzustellen.

Die Wahl der Bewerber und die Festregung ihrer Reihenfolge wurden

- im Wahlbereich Bremen jeweils getrennt für die Bürgerschaft und für die Stadtbürgerschaft- ^{7) 8)}
in der Weise durchgeführt, dass über die Bewerber

1. Nr. _____ einzeln

2. Nr. _____ gemeinsam

mit verdeckten Stimmzetteln abgestimmt worden ist. Für die Abstimmung wurden einheitliche Stimmzettel verwendet. Jeder anwesende stimmberechtigte Teilnehmer erhielt einen Stimmzettel. Die Abstimmungsteilnehmer vermerkten den/die Namen des/der von ihnen gewünschten Bewerber(s) auf dem Stimmzettel und gaben diesen verdeckt ab. Nach Schluss der Stimmabgabe wurden die Stimmen ausgezählt, die gewählten Bewerber ermittelt und das Wahlergebnis bekannt gegeben.

- Kam bei der Wahl deutscher Bewerber oder der Festregung ihrer Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag für den Wahlbereich Bremen aufgrund der jeweils getrennten Abstimmungen kein insoweit übereinstimmender Wahlvorschlag für die Bürgerschaft und für die Stadtbürgerschaft zustande, so entschieden allein die stimmberechtigten deutschen Parteimitglieder - ^{7) 8)}.

Die einzelnen Wahlgänge ergaben, dass für den Wahlvorschlag folgende Bewerber in der nachstehenden Reihenfolge aufgestellt sind:⁶⁾

Lfd. Nr.	Familienname Vornamen ⁹⁾	Beruf oder Stand	Geburtsdatum Geburtsort	Anschrift (Hauptwohnung) - Straße, Hausnummer - Postleitzahl, Wohnort
1				
2				

usw.

- Die unter lfd. Nr. aufgestellten Bewerber kandidieren als Unionsbürger nur zur Stadtbürgerschaft- ⁷⁾.

Einwendungen gegen das Wahlergebnis wurden

☐ ³⁾ nicht erhoben,

☐ ³⁾ erhoben, aber von der Versammlung zurückgewiesen. Über die Einzelheiten wurden Niederschriften gefertigt, die als Anlage(n) Nr. bis Nr. beigefügt sind.

Die Versammlung beauftragte

(Familiennamen und Vornamen von 2 Teilnehmern in Maschinen- oder Druckschrift)

neben dem Leiter die Versicherung an Eides statt darüber abzugeben, dass die Aufstellung der Bewerber gemäß der Anforderungen des § 19 Absatz 3 Satz 1 bis 3 des Bremischen Wahlgesetzes und die Festlegung ihrer Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag in geheimer Abstimmung erfolgt ist.

Der Leiter der Versammlung

Der Schriftführer

(Vor- und Familienname des Unterzeichners in Maschinen- oder Druckschrift u n d handschriftliche Unterschrift)

(Vor- und Familienname des Unterzeichners in Maschinen- oder Druckschrift u n d handschriftliche Unterschrift)

- 1) Bei Aufstellung von Bewerbern durch eine gemeinsame Mitglieder- oder Vertreterversammlung im Gebiet der Freien Hansestadt Bremen (§ 19 Absatz 2 des Wahlgesetzes) ist für jeden Wahlbereich eine gesonderte Niederschrift zu erstellen.
- 2) Nichtzutreffendes streichen.
- 3) Zutreffendes ankreuzen.
- 4) Es empfiehlt sich, eine Anwesenheitsliste zu führen, aus der Vor- und Familiennamen und Anschriften der Teilnehmer hervorgehen.
- 5) Wahlverfahren (z.B. einfache, absolute Mehrheit) angeben.
- 6) Die Bewerber können unter Verwendung des nachstehenden Schemas auch in einer Anlage aufgeführt werden.
- 7) In der Niederschrift für den Wahlbereich Bremerhaven streichen.
- 8) Wenn keine stimmberechtigten Unionsbürger erschienen sind, streichen.
- 9) Je Bewerber ist mindestens ein Vorname anzugeben; maximal sollen zwei Vornamen je Bewerber angegeben werden.

Felder bitte ausfüllen oder [X] ankreuzen

.....
(Ort) (Datum)

Sämtliche Angaben in
Maschinen- oder Druckschrift

Niederschrift ¹⁾

über die Mitglieder-/Vertreterversammlung ²⁾ zur Aufstellung der Bewerber für den Wahlvorschlag

Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven ³⁾

Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen im Beiratsbereich..... ⁴⁾

der
(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)

für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven ³⁾ am

für den Beiratsbereich zur Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen ⁴⁾ am

Der/Die.....
(einberufende Stelle der Partei oder Wählervereinigung)

hatte am durch.....
(Form der Einladung)

[] ⁵⁾ eine Mitgliederversammlung der Partei/Wählervereinigung ²⁾ im Gebiet der Stadt Bremerhaven ³⁾ / in dem
genannten Beiratsbereich/in mehreren Beiratsbereichen ^{2) 4)}
(Mitgliederversammlung zur Wahl der Bewerber für den Wahlvorschlag ist eine Versammlung der im Zeitpunkt
ihres Zusammentritts im genannten Gebiet wahlberechtigten Mitglieder.)

[] ⁵⁾ die Mitglieder der besonderen Vertreterversammlung
(Besondere Vertreterversammlung ist eine Versammlung von Vertretern, die nach § 42 in Verbindung mit § 19
Absatz 1 Satz 3 des Wahlgesetzes ³⁾ / § 48 in Verbindung mit § 19 Absatz 1 Satz 3 des Wahlgesetzes ⁴⁾ im
genannten Gebiet für die Aufstellung der Bewerber des Wahlvorschlages für dieses Gebiet gewählt worden sind.)

[] ⁵⁾ die Mitglieder der allgemeinen Vertreterversammlung
(Allgemeine Vertreterversammlung ist eine Versammlung von Vertretern, die nach der Satzung der Partei oder
Wählervereinigung allgemein für bevorstehende Wahlen nach § 42 in Verbindung mit § 19 Absatz 1 Satz 4 des
Wahlgesetzes ³⁾ / § 48 in Verbindung mit § 19 Absatz 1 Satz 4 des Wahlgesetzes ⁴⁾ gewählt worden sind.)

auf den..... ,..... Uhr,

nach.....

.....
(Anschrift des Versammlungsraumes mit Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

[] ⁵⁾ zum Zwecke der Aufstellung des Wahlvorschlages

[] ⁵⁾ zum Zwecke der Wiederholung der Abstimmung über die Aufstellung des Wahlvorschlages

einberufen.

Erschienen waren stimmberechtigte Mitglieder/Vertreter ^{2) 6)}.
(Zahl)

Die Versammlung wurde geleitet von:
(Vor- und Familienname)

Die Versammlung bestellte zum Schriftführer:
(Vor- und Familienname)

Der Versammlungsleiter stellte fest,

1. dass die Vertreter in Mitgliederversammlungen der Partei/Wählervereinigung²⁾ im genannten Gebiet
in der Zeit vom bis.....
☐ ⁵⁾ für die besondere Vertreterversammlung
☐ ⁵⁾ für die allgemeine Vertreterversammlung
gewählt worden sind;
2. ☐ ⁵⁾ dass die Stimmberechtigung aller Erschienenen, die Anspruch auf Stimmabgabe erhoben haben, festgestellt worden ist,
☐ ⁵⁾ dass auf seine ausdrückliche Frage von keinem Versammlungsteilnehmer die Mitgliedschaft, die Vollmacht und das Wahlrecht eines Teilnehmers, der Anspruch auf Stimmberechtigung erhoben hat, angezweifelt wird;
3. ☐ ⁵⁾ dass nach der Satzung der Partei/Wählervereinigung²⁾
☐ ⁵⁾ dass nach den allgemein für Wahlen der Partei/Wählervereinigung geltenden Bestimmungen
☐ ⁵⁾ dass nach dem von der Versammlung gefassten Beschluss als
Bewerber gewählt ist, wer⁷⁾
.....
.....
.....
4. dass mit verdeckten Stimmzetteln geheim abzustimmen ist und dass jeder stimmberechtigte Teilnehmer auf dem Stimmzettel unbeobachtet den/die Namen des/der von ihm bevorzugten Bewerbers) und die Reihenfolge zu vermerken hat;
5. dass jeder stimmberechtigte Teilnehmer vorschlagsberechtigt ist und
6. alle Bewerber Gelegenheit haben, sich und ihr Programm in angemessener Zeit vorzustellen.

Die Wahl der Bewerber und die Festlegung ihrer Reihenfolge wurden in der Weise durchgeführt, dass über die Bewerber

1. Nr.....einzel
2. Nr.....gemeinsam

mit verdeckten Stimmzetteln abgestimmt worden ist. Für die Abstimmung wurden einheitliche Stimmzettel verwendet. Jeder anwesende stimmberechtigte Teilnehmer erhielt einen Stimmzettel. Die Abstimmungsteilnehmer vermerkten den/die Namen des/der von ihnen gewünschten Bewerbers) auf dem Stimmzettel und gaben diesen verdeckt ab. Nach Schluss der Stimmabgabe wurden die Stimmen ausgezählt, die gewählten Bewerber ermittelt und das Wahlergebnis bekannt gegeben. Die einzelnen Wahlgänge ergaben, dass für den Wahlvorschlag folgende Bewerber in der nachstehenden Reihenfolge aufgestellt sind:⁸⁾

Lfd. Nr.	Familienname Vornamen ⁹⁾	Beruf oder Stand	Geburtsdatum Geburtsort	Anschrift (Hauptwohnung) - Straße, Hausnummer - Postleitzahl, Wohnort
1				
2				

usw.

Einwendungen gegen das Wahlergebnis wurden

[]⁵⁾ nicht erhoben,

[]⁵⁾ erhoben, aber von der Versammlung zurückgewiesen. Über die Einzelheiten wurden Niederschriften gefertigt, die als Anlage(n) Nr bis Nr beigefügt sind.

Die Versammlung beauftragte

.....

.....
(Familiennamen und Vornamen von 2 Teilnehmern in Maschinen- oder Druckschrift)

neben dem Leiter die Versicherung an Eides statt darüber abzugeben, dass die Aufstellung der Bewerber gemäß der Anforderungen des § 19 Absatz 3 Satz 1 bis 3 Bremisches Wahlgesetz und die Festlegung ihrer Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag in geheimer Abstimmung erfolgt ist.

Der Leiter der Versammlung

Der Schriftführer

.....

.....

.....

.....

(Vor- und Familienname des Unterzeichners in Maschinen- oder
Druckschrift und handschriftliche Unterschrift)

(Vor- und Familienname des Unterzeichners in Maschinen- oder
Druckschrift u n d handschriftliche Unterschrift)

- 1) Bei Aufstellung von Bewerbern durch eine gemeinsame Mitglieder- oder Vertreterversammlung im Gebiet des für mehrere Beiratsbereiche satzungsmäßig zuständigen untersten Gebietsverbandes (§ 48 in Verbindung mit § 19 Absatz 2 des Wahlgesetzes) ist für jeden Beiratsbereich eine gesonderte Niederschrift zu erstellen.
- 2) Nichtzutreffendes streichen.
- 3) Im Wahlvorschlag für die Beiratswahl zu streichen.
- 4) Im Wahlvorschlag für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven zu streichen.
- 5) Zutreffendes ankreuzen.
- 6) Es empfiehlt sich, eine Anwesenheitsliste zu führen, aus der Vor- und Familiennamen und Anschriften der Teilnehmer hervorgehen.
- 7) Wahlverfahren (z.B. einfache, absolute Mehrheit) angeben.
- 8) Die Bewerber können unter Verwendung des nachstehenden Schemas auch in einer Anlage aufgeführt werden.
- 9) Je Bewerber ist mindestens ein Vorname anzugeben; maximal sollen zwei Vornamen je Bewerber angegeben werden.

Versicherung an Eides statt (Bürgerschaftswahl)

Wir versichern dem Wahlbereichsleiter des Wahlbereichs

an Eides statt ¹⁾,

dass die Mitgliederversammlung/Vertreterversammlung ²⁾

der
(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)

im Wahlbereich

am

in
(Ort)

für die Wahl zur Bürgerschaft am

die Bewerber für den Wahlvorschlag der vorbezeichneten Partei oder Wählervereinigung und ihre Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag für den obengenannten Wahlbereich in geheimer Abstimmung festgelegt hat,

dass alle Teilnehmer der Versammlung vorschlagsberechtigt waren und

dass alle Bewerber angemessen Zeit hatten, sich und ihr Programm vorzustellen.

..... ,
(Ort) (Datum)

Der Leiter der Versammlung

Die von der Versammlung bestimmten
zwei weiteren Teilnehmer

.....

.....

.....
(Vor- und Familienname des Unterzeichners in Maschinen- oder
Druckschrift u n d handschriftliche Unterschrift)

.....

.....

.....
(Vor- und Familiennamen der Unterzeichner in Maschinen- oder
Druckschrift u n d handschriftliche Unterschrift)

1) Auf die Strafbarkeit einer falsch abgegebenen Versicherung an Eides statt wird hingewiesen.
2) Nichtzutreffendes streichen.

Versicherung an Eides statt

Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven ¹⁾

Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen im Beiratsbereich ²⁾

Wir versichern dem Stadtwahlleiter ¹⁾ / dem Wahlbereichsleiter des Wahlbereichs Bremen ²⁾

an Eides statt ³⁾,

dass die Mitgliederversammlung/Vertreterversammlung ⁴⁾

der
(Name der Partei oder Wählervereinigung und ihre Kurzbezeichnung)

im Gebiet der Stadt Bremerhaven ¹⁾ / im Beiratsbereich ²⁾

am

in
(Ort)

für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven ¹⁾ am

für die Wahl der Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen am ²⁾

die Bewerber für den Wahlvorschlag der vorbezeichneten Partei oder Wählervereinigung und ihre Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag für das Gebiet der Stadt Bremerhaven ¹⁾ / den obengenannten Beiratsbereich ²⁾ in geheimer Abstimmung festgelegt hat,

dass alle Teilnehmer der Versammlung vorschlagsberechtigt waren und

dass alle Bewerber angemessen Zeit hatten, sich und ihr Programm vorzustellen.

.....
(Ort) (Datum)

Der Leiter der Versammlung

Die von der Versammlung bestimmten
zwei weiteren Teilnehmer

.....
.....
(Vor- und Familienname des Unterzeichners in Maschinen- oder
Druckschrift u n d handschriftliche Unterschrift)

.....
.....
.....
(Vor- und Familiennamen der Unterzeichner in Maschinen- oder
Druckschrift u n d handschriftliche Unterschrift)

1) Im Wahlvorschlag für die Beiratswahl zu streichen.

2) Im Wahlvorschlag für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven zu streichen.

3) Auf die Strafbarkeit einer falsch abgegebenen Versicherung an Eides statt wird hingewiesen.

4) Nichtzutreffendes streichen.